Stadt Köln

Der Oberbürgermeister

Dezernat, Dienststelle
I/32/32/0

Vorlage-Nr.: 08.09.2011
3081/2011

Unterlage zur Sitzung im
öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	19.09.2011	

Anlass:

☒ Mitteilung der Verwaltung

☐ Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

☐ Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

☐ Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Konsequenzen aus der verfehlten Vision 2010: Köln als sicherste Millionenstadt Deutschlands (DS 0940/2011)

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales hat in der Sitzung vom 28.03.2011 zu dem o.g. Thema unter Ziffer 7 Unterpunkt 3 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

„Das Benchmarking mit München hat gezeigt, dass in Köln Polizeistellen fehlen, um mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu leisten. Da die Landesregierung in den letzten Jahren stark in die Polizeiausbildung investiert hat und im Sommer 600 Polizeianwärter mehr (von gesamt 1.100) als in den Vorjahren ihre Ausbildung beenden, bittet der Ausschuss den Oberbürgermeister und die „Kölnfraktion der Landtagsabgeordneten“, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass Köln als die größte Stadt des Landes wegen ihres unbestrittenen Mehrbedarfes von den Neueinstellungen auch deutlich [davon] profitiert. Darüber hinaus soll Köln darauf drängen, verstärkt sogenannte Kontingenteinsätze durch Kräfte der Bereitschaftspolizei zu erhalten.“

Aufgrund des Beschlusses hat Herr Oberbürgermeister Roters Herrn Innenminister Ralf Jäger angeschrieben und darum gebeten, zusätzliche Personalstellen bei der Kölner Polizei zu schaffen (Anlage 1). Die Kölner Abgeordneten im Landtag haben eine Kopie dieses Briefes erhalten, mit der Bitte die Angelegenheit zu unterstützen.

Mit Antwortschreiben vom 12.07.2011 (Anlage 2) nimmt Herr Innenminister Ralf Jäger zu dem Anliegen wie folgt Stellung:

Zum Thema „Erhöhung der Einstellungszahlen im Jahr 2008“ erläutert Herr Innenminister

Jäger, dass diese Einstellungen vorrangig zur Verbesserung der Altersstruktur der Polizei in Nordrhein-Westfalen erfolgt seien. Dieses Mehr an Personal dürfe nicht dauerhaft in bestimmte Aufgabenraten gegeben werden, da nur temporär etwas mehr Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung ständen.

Herr Innenminister Jäger betont in seinem Schreiben, dass das Personal der Polizei nur nach einheitlichen Bemessungskriterien auf die einzelnen Kreispolizeibehörden verteilt werden könne. Er habe daher das Landesamt für zentrale polizeiliche Aufgaben beauftragt, die Belastung aller Polizeibehörden zu ermitteln, um auf Basis der Ergebnisse ein Gesamtbild zu erhalten. Der Innenminister stellt in Aussicht, dass der Entwurf der belastungsbezogenen Kräfteverteilung (BKV) 2011 für das Polizeipräsidium Köln einen personellen Zuwachs vorsieht.

Darüber hinaus hat das Ministerium für Inneres und Kommunales in einer Pressemitteilung vom 1.7.2011 mitgeteilt: „In NRW stehen ab September über 500 Polizisten mehr zur Verfügung als bisher …..Damit arbeiten dann erstmals seit langem wieder mehr Polizisten im Streifendienst und auf den Ermittlungsdienststellen …“.

Das Polizeipräsidium Köln als größte und am stärksten belastete Behörde des Landes wird von diesem Zusatzkontingent jedoch nur marginal profitieren:

Bei den zahlenmäßigen Zuweisungen im Rahmen der „Belastungsbezogenen Kräfteverteilung“ handelt es sich um Soll-Stellen. Die tatsächlichen Personalzuweisungen (Ist-Zahlen) können von diesen Ausgangszahlen abweichen. Am 01.09.2011 haben im Polizeipräsidium Köln 214 neue Beamtinnen und Beamte ihren Dienst angetreten. Das Ministerium für Inneres und Kommunales hat auf der Basis der planbaren Personalabgänge berechnet, dass dem Polizeipräsidium Köln, im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt, ca. 20 zusätzliche Planstellen zur Verfügung stehen. Dem stehen im Verlauf des Jahres nur 6 Zurruhesetzungen gegenüber.

Gez. Kahlen